

Kurzpapier des Landesvorstands zu einer sozialen Coronapolitik

Stand 2. April 2020

Wie jede Krise der letzten Jahrzehnte, sei sie wirtschaftlich, ökologisch oder wie im aktuellen Fall gesundheitlich, trifft auch die Corona-Pandemie vor allem jene Teile der Bevölkerung besonders hart, die lohnabhängig beschäftigt sind, speziell im prekären Bereich, Transferleistungen beziehen müssen, eigene kleine Unternehmen führen oder aus unterschiedlichen Gründen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Als LINKE. stellen wir all jene Menschen in das Zentrum unserer Politik. Das heißt für uns ganz klar, dass Beschlüsse aus Bundes- und Landesparlamenten den Fokus darauflegen müssen, diese Menschen zu schützen und zu unterstützen. Aus diesem Grund setzen wir uns u.a. ein für:

1. Die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 90%, um die finanziellen Einbußen der Arbeiter*innen und Angestellten möglichst gering zu halten und nicht noch breitere Schichten der Bevölkerung in die Armut zu treiben.
2. Die unbürokratische Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, damit die Existenz dieser gesichert werden kann.
3. Eine Einmalzahlung für Empfänger*innen von Transferleistungen, damit diese den erhöhten Bedarf an Hygieneprodukten sowie höhere Preise für Grundnahrungsmittel decken können und den Wegfall ehrenamtliche Unterstützungsangebote wie z.B. der Tafeln zu kompensieren. Zusätzlich zur Einmalzahlung muss ein Pandemiezuschlag in Höhe von 200 Euro - zumindest bis zum Ende der Coronakrise - ausbezahlt werden, um einen Notvorrat und die erhöhten Preise auszugleichen.
4. Die Aussetzung aller Sanktionen, vereinfachte Antragsstellung und das sofortige Verbot von Strom- und Gassperren sowie die Kontrolle dieser Maßnahmen, um niemanden einer zusätzlichen Schikane auszusetzen. Zudem dürfen keine Zwangsräumungen vollstreckt werden und keine Mieterhöhungen stattfinden.
5. Die Auflösung von überfüllten Sammelunterkünften für Geflüchtete und die Verteilung dieser auf dezentrale Wohnungen oder aktuell leerstehende Gebäude wie z.B. Hotels. Diese Möglichkeiten müssen auch für Obdachlose gegeben sein, damit diese die Chance haben sich zurückzuziehen und Hygienemaßnahmen umzusetzen.

Diese Maßnahmen sind nur als akute Hilfen für die aktuellen Herausforderungen zu sehen. Die Situation der oben benannten Gruppen war schon vor der Pandemie in Teilen katastrophal. Die Krise zeigt lediglich in verschärftem Maße die Ungerechtigkeiten des herrschenden wirtschaftlichen Systems auf - statt den gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtum gerecht und solidarisch zu verteilen, wird die Schere zwischen Arm und Reich mit jedem Tag größer. Die systemische Ausbeutung breiter Bevölkerungsschichten ist zum Alltag geworden. Als LINKE. stehen wir dafür ein, diese Ungerechtigkeiten zu beenden und eine umfassende Umverteilung vorzunehmen. Die Corona-Pandemie hat nicht nur erneut deutlich gemacht, wie große Bevölkerungsgruppen systemisch benachteiligt werden, sie hat auch im Positiven gezeigt, wie gesellschaftlich gelebte Solidarität funktionieren kann! Diese beiden zentralen Erkenntnisse müssen auch nachdem erfolgreichen Überwinden der Krise Primat des politischen Handelns sein! Es gilt, endlich Menschen vor Profiteure zu stellen - mit gerechter Entlohnung, massiven Investitionen in das Gesundheitswesen, auskömmliche Ausfinanzierung sozialer Aufgaben und dem Bruch mit dem Hartz IV-System, das die Betroffenen zu Menschen 2. Klasse degradiert und ihnen ihre Selbstbestimmtheit nimmt! Eine andere Welt ist möglich.